

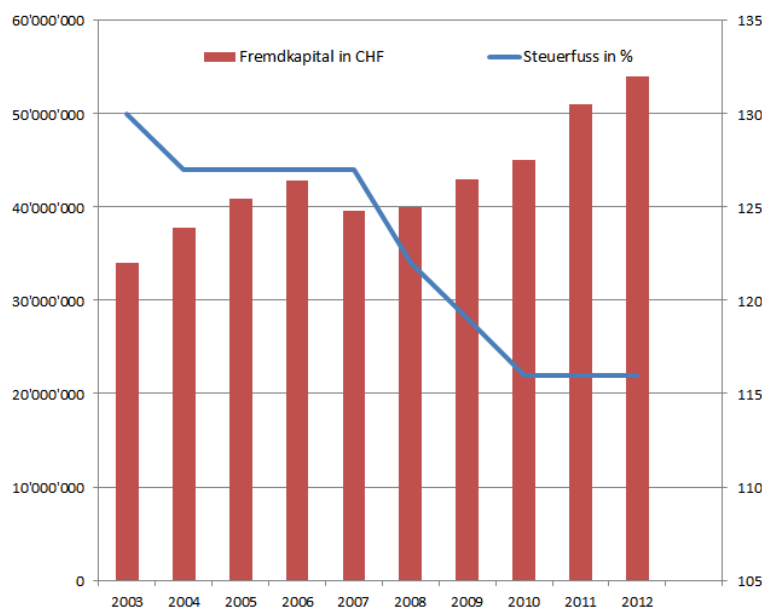


Umsetzung Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013

A Ausgangslage

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2013-2017 zeigt die starken finanziellen Belastungen des Stadthaushalts als Folge der kantonalen Sparpakete. Der Stadtrat geht davon aus, dass sich die Entlastungsmassnahmen des Kantons im Voranschlag 2014 der Stadt Gossau mit rund CHF 4.8 Mio. niederschlagen und in den Folgejahren tendenziell noch steigen werden.

Ende 2012 werden in der Bestandesrechnung des Stadthaushalts rund CHF 54 Mio. Fremdkapital (kurz-, mittel- und langfristige Schulden) ausgewiesen. Im Jahr 2003 waren es erst rund CHF 33 Mio. Im gleichen Zeitraum ist der Steuerfuss von 130% auf aktuell 116% gesenkt worden. Trotz allgemein sehr tiefem Zinsniveau beläuft sich der jährliche Aufwand für Kapitalzinsen derzeit auf über CHF 1.4 Mio. (rund 5 Steuerfussprozent).



Das Eigenkapital des Stadthaushaltes betrug Ende 2012 rund CHF 12.2 Mio. und bei den Stadtwerken rund CHF 3.6 Mio. Der Stadtrat erwartet für 2013 im Stadthaushalt erneut einen Aufwandüberschuss, so dass das verfügbare Eigenkapital weiter sinkt. Ohne Gegensteuer dürfte es in wenigen Jahren aufgebraucht sein.

Trotz dieser Aussichten leistet sich Gossau mit 116 % einen tiefen Steuerfuss. Eine Erhöhung des Steuerfusses haben die Stimmberechtigten letztmals am 3. März 2013 abgelehnt.

Das Kernproblem des Stadthaushalts liegt darin, dass mit einem prognostizierten

Cashflow von lediglich rund CHF 4 Mio. die geplanten Investitionen von jährlich rund CHF 10 Mio. nicht aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert werden können. Dies führt zu einem finanzpolitisch nicht vertretbaren weiteren Anstieg der Verschuldung.

Die Finanzplanung zeigt, dass bei dieser Ausgangslage in den Jahren 2013 bis 2017 neue Kredite von mindestens CHF 30 Mio. aufgenommen werden müssen. Und eine Amortisation der heute bestehenden Schulden von CHF 54 Mio. wird selbst dann nicht möglich sein, wenn massgebliche Positionen des Finanzvermögens liquidiert werden.

Eine ähnliche Situation zeichnet sich auch für die Stadtwerke ab. Auch dort ist aufgrund der aktuellen Aufwand- und Ertragsstruktur ein ungenügender Cashflow zu erwarten. Dies auch deshalb, weil die Stadtwerke in der Vergangenheit jährlich rund CHF 3 Mio. an den Stadthaushalt abgeliefert haben und zu erwarten ist, dass die Stadtwerke auch in den nächsten Jahren Ablieferungen in ähnlicher Höhe zu leisten haben.

Insgesamt zeigt sich: Der finanzpolitische Handlungsspielraum der Stadt Gossau wird aufgrund exogener Faktoren, aber auch aufgrund eigener finanzpolitischer Entschiede immer enger. Mit Kostenoptimierungen, Aufwandreduktion und Desinvestitionen allein kann diese Herausforderung nicht mehr bewältigt werden. Erst recht nicht, weil der Nettoaufwand je Einwohner für die Verwaltung verglichen mit anderen vergleichbaren Gemeinden bereits heute tief ist (siehe IAFP 2013 - 2017, Seite 158). Nebst weiteren Einsparungen wird sich ein Aufgabenverzicht in Zukunft nicht mehr vermeiden lassen.

B Malik-Synteegration

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat mit Bericht und Antrag an das Stadtparlament vom 5. Dezember 2012 das Projekt „Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013“ in die Wege geleitet. Vom 12. bis 14. Juni 2013 hat eine Projektgruppe von 28 Personen aus Stadtrat, Stadtparlament und Stadtverwaltung mit fachlicher und methodischer Unterstützung von Malik Management St. Gallen einen Synteintegrationsprozess durchgeführt. Ziel des Projektes war, finanzielle Entlastungsmöglichkeiten aufzuzeigen, ohne deswegen das Funktionieren der Stadt und die Lebensqualität allzu stark einzuschränken.

Die Projektgruppe hat in zweieinhalb Tagen verschiedene Handlungsfelder und Massnahmen identifiziert sowie Handlungsempfehlungen erarbeitet. Das Malik-Team hat begleitend zur Erarbeitung der Massnahmen das "Gesamt-System Gossau" aus verschiedenen Blickwinkeln beurteilt und gelangt unter anderem zu folgenden Schlüssen:

- Die meisten Einflussgrössen weisen ein hohes bis sehr hohes Qualitätsniveau auf. Einsparungen oder Modifikationen der Ausgaben sind möglich, ohne dass die Lebensfähigkeit der Stadt Schaden nimmt.
- Zukunftsorientierte Potenziale für die Lebensqualität der Stadt sollten nicht wegen relativ kleiner Einsparungseffekte «weggespart» werden.
- Mit anderen Strukturen und einer geänderten Arbeitsweise in Politik und Verwaltung können mittel- und langfristige Einsparungen realisiert werden.
- Der Bildungsbereich ist in Gossau grösstenteils sehr gut ausgebaut. Hohe Entlastungen können hier durchaus erzielt werden; wichtig sind flankierende Massnahmen zur Beibehaltung der Qualität.
- Der Steuerfuss wäre optimal geeignet, das System «Stadt Gossau» deutlich und nachhaltig zu stabilisieren

C Entlastungsmassnahmen

Der Stadtrat hat die Handlungsempfehlungen aus dem Synteintegrationsprozess zu konkreten Entlastungsmassnahmen aufgearbeitet. Mit dem vorliegenden Bericht unterbreitet er diese Massnahmen dem Stadtparlament, wobei drei Gruppen unterschieden werden:

- **Gruppe A** umfasst diejenigen Entlastungsmassnahmen, welche gemäss Gemeindeordnung oder auf Grund von Beschlüssen in der Entscheidkompetenz des Parlamentes liegen.
- **Gruppe B** bilden die Entlastungsmassnahmen, für welche der Stadtrat zwar abschliessend zuständig ist, bei denen es dem Stadtrat aber wichtig ist zu wissen, ob die einschlägigen Massnahmenentscheide vom Stadtparlament politisch mitgetragen werden.
- **Gruppe C** enthält diejenigen Entlastungsmassnahmen, welche weitgehend die Führung und Organisation der Verwaltung betreffen (Aufgabe des Stadtrates gemäss Art. 43 lit. c Gemeindeordnung). Diese werden dem Parlament zur Kenntnis gebracht.

Die einzelnen Massnahmen hat der Stadtrat auf ihre Umsetzbarkeit hin beurteilt und sie auch zu quantifizieren versucht. Er unterscheidet diese in seinen Anträgen an das Parlament wie folgt:

- **Massnahme umsetzen:** Nach Zustimmung durch das Parlament wird der Stadtrat diese Massnahme auf den nächst möglichen Zeitpunkt umsetzen und das damit verbundene Potenzial zur Entlastung des Stadthaushalts ausschöpfen.
- **Verzicht auf Massnahme:** Der Stadtrat unterstützt diese Massnahme nicht und beantragt dem Stadtparlament Ablehnung. Die Beträge des mit der Massnahme verbundenen Entlastungspotenzials werden deshalb in Klammern gesetzt.
- **Massnahme weiterprüfen:** Wo die Grundlagen oder die Auswirkungen im heutigen Zeitpunkt zu wenig klar sind, beabsichtigt der Stadtrat weitere Abklärungen zu treffen. Sollte das Parlament vorzeitig einen Verzicht beschliessen, wird der Stadtrat auf diese Prüfung verzichten. Andernfalls würde er dem Parlament Antrag stellen, spätestens bis zur Behandlung des Budgets 2014. Die Beträge des mit solchen Massnahmen verbundenen Entlastungspotenzials werden deshalb in Klammern gesetzt.
- **Massnahme sistieren:** Wo derzeit parallel zum Projekt „Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013“ weitere Verfahren und Entscheidungsprozesse im Gange sind, verzichtet der Stadtrat auf Anträge. Die mit solchen Massnahmen verbundenen Beträge zur Entlastung des Stadthaushalts werden deshalb ebenfalls in Klammer gesetzt.

Die engen zeitlichen Verhältnisse machen es nötig, dass die im vorliegenden Bericht skizzierten Entlastungsmassnahmen nur stichwortartig umschrieben werden. Dies kann umso eher so hingenommen werden, nachdem alle Fraktionen des Stadtparlaments in den Malik-Syntegrationsprozess eingebunden waren und das Geschäft, vor der Beschlussfassung durch das Stadtparlament, ausserdem durch die Geschäftsprüfungskommission vorberaten wird.

Die überwiegende Mehrheit der nachfolgend skizzierten Massnahmen stammt aus dem Projekt Malik. Einzelne Massnahmen stellt der Stadtrat zusätzlich zur Diskussion.

Der Stadtrat lädt das Stadtparlament ein, die nachstehenden Massnahmen zu beraten und darüber Beschluss zu fassen.

Inneres Finanzen Kultur

1 Zurück zur Bürgerversammlung

Geprüft wird der Wechsel vom Organisationsmodell Parlament zum Modell Bürgerversammlung auf den Beginn der Amtsdauer 2017-2020. Die finanzielle Entlastung ergibt sich aus dem Wegfall des Parlamentsbetriebs. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Bürgerversammlung für eine Gemeinde mit rund 18'000 Einwohnern und im Hinblick auf denkbare Gemeindevereinigungen nicht das passende Organisationsmodell ist.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
200	(0)	(0)	(0)	(200)	(200)	A	Verzicht auf Massnahme

2 Beitrag an Walter Zoo

Der Beschluss des Stadtparlaments aus dem Jahre 2009 für einen jährlichen Beitrag an den Walter Zoo von CHF 150'000 läuft Ende 2013 aus. Mit separatem Bericht vom 5. Juni 2013 hat der Stadtrat dem Stadtparlament die Fortsetzung dieses Engagements bis 2017 beantragt. Der Stadtrat wartet den Entscheid des Stadtparlaments ab.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
150	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	A	Massnahme sistieren

3 Beitrag an Schloss Oberberg kürzen

Gemäss Beschluss des Stadtparlaments erhält der Förderverein Schloss Oberberg unbefristet einen jährlichen Beitrag von CHF 50'000 an die Aufwendungen für den Betrieb und Unterhalt des Schlosses. Eine Beitragskürzung oder -streichung entlastet den Stadthaushalt. Der Stadtrat beantragt eine Kürzung des jährlichen Beitrags auf CHF 30'000.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	20	20	20	20	20	A	Massnahme umsetzen

4 Auf Standortförderung verzichten

Der vom Stadtparlament im 2012 erteilte Rahmenkredit von CHF 500'000 für Standortförderungsmassnahmen läuft noch bis 2015. Nebst Projekten (z.B. Nutzungsstrategie Altstadt) wird daraus auch der Beitrag an das Jungunternehmerzentrum JUZ Flawil finanziert. Beim Verzicht auf Standortförderungsmassnahmen müssen die Mittel für derartige Projekte teilweise anderweitig bereitgestellt werden.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
125	125	125	125	125	125	A	Massnahme umsetzen

5 Leitsätze und Kommunikation

Gossau setzt sich mit dem eigenen Selbstverständnis (Werte und Leitsätze) und der Gestaltung der Zukunft auseinander. Die Ziele der Leitsätze sind hoch gesteckt, die Ansprüche müssen reduziert werden. Die Wirkung dieser Massnahme ist langfristig angelegt. Kurzfristig sind keine finanziellen Entlastungen messbar. Die Neufassung der Leitsätze wird dem Parlament zur Beschlussfassung unterbreitet.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	0	0	0	0	0	A	Massnahme umsetzen

6 Miete bei Stiftung Schwarzer Adler reduzieren

Der Mietvertrag der Stadt für die Räume im 2. Obergeschoss des "Schwarzen Adler" läuft am 31.12.2014 aus. Als Jahresmiete und als Beitrag an die Unterhaltskosten leistet die Stadt jährlich CHF 40'000. Der Stadtrat erachtet eine Kürzung auf insgesamt CHF 30'000 als vertretbar.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
40	0	10	10	10	10	B	Massnahme umsetzen

7 Amtliche Publikationsorgane reduzieren

Gemäss Art. 5 Abs. 2 Gemeindegesetz bestimmt der Rat als amtliches Publikationsorgan eine oder mehrere Zeitungen oder ein Mitteilungsblatt, das allen Haushalten zugestellt wird. Die Gemeindeordnung Gossau bezeichnet das St. Galler Tagblatt und die Gossauer Zeitung als amtliche Publikationsorgane. Seit 2011 gehören Tagblatt und GOZ demselben Verlag (Tagblatt Medien). Wird die Massnahme umgesetzt, erscheinen künftig amtliche Publikationen einzig in der GOZ, welche das ganze Gebiet der Stadt Gossau abdeckt.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	20	20	20	20	20	C	Massnahme umsetzen

8 Beitrag für GOZ-Vereinsseiten streichen

Seit März 2011 publiziert die Gossauer Zeitung wöchentlich eine Sonderseite zum Vereinsleben. Jede dieser Seiten wird von der Stadt mit CHF 1'500 unterstützt, worin jedoch die Insertionskosten für die amtlichen Publikationen (ca. CHF 20'000) enthalten sind.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	50	50	50	50	50	C	Massnahme umsetzen

9 Prozessorganisation in der Verwaltung optimieren

Die Strukturen der Stadtverwaltung (exkl. Stadtwerke) werden überprüft. Dabei werden beispielsweise Potenziale für abteilungsübergreifende Zusammenarbeit und Personaleinsätze genutzt sowie die Ansiedelung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten (AKV) auf möglichst tiefer Hierarchiestufe angestrebt. Weiter werden sämtliche Aufgaben nach Notwendigkeit und Service-Level überprüft. Die Entlastungswirkung tritt stufenweise ein. In dieser Massnahme ist die Massnahme 14 integriert.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
400	100	200	400	400	400	C	Massnahme umsetzen

10 Zahl der öffentlichen und internen Veranstaltungen reduzieren oder redimensionieren

Die Stadt redimensioniert oder reduziert die öffentlichen Veranstaltungen (z.B. Bundesfeier, Zuzüger-Anlass, Jungbürgerfeier, Jubilare-Anlass, Vereinsempfänge, Nikolauszug, Funkensonntag) sowie die internen Anlässe (z.B. Neujahrsapéro, Schulschluss-Essen, Pensionierten-Anlass, Jahresessen, Weihnachtsapéro, Teamanlässe, Treffen Führungskräfte).

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
100	100	100	100	100	100	C	Massnahme umsetzen

11 Kooperationen überprüfen

Wo die Stadt Kooperationen eingegangen ist, werden die Prozesse, Kosten und Preise überprüft.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
10	0	20	20	20	20	C	Massnahme umsetzen

12 Innere Reserven nutzen

Das Baugebiet sowie die Infrastrukturen sollen optimal genutzt werden. Mit der besseren Nutzung von eingezonten und erschlossenen Gebieten können zusätzlicher Wohnraum geschaffen und das Steuersubstrat erhöht werden. Es fällt erheblicher Initialisierungsaufwand an. Für die Umsetzung ist Spezialwissen nötig, verbunden mit einer Erhöhung des Stellenplanes oder mit dem Einkauf von externen Dienstleistungen. Die Mehrerträge hingegen fallen erst langfristig an und sind nicht quantifizierbar. Das Anliegen wird im Rahmen der Revision der Richtplanung mit konkreten Projekten verfolgt.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
offen	0	0	0	0	0	C	Massnahme umsetzen

13 Eigene Kräfte statt externe Experten

Wichtige Projekte werden vermehrt durch eigene Kräfte bearbeitet. Verwaltungskommissionen ohne Entscheidbefugnisse werden aufgehoben. Voraussetzungen sind, dass Know how und Personalressourcen intern vorhanden sind und eine Grundausrüstung sichergestellt ist. Diese Massnahme steht teilweise im Widerspruch zur Massnahme 44 „Fremdvergabe von Infrastrukturprojekten“. Die Realisierbarkeit und Wirkung dieser Massnahme muss noch vertieft geprüft werden.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
200	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	C	Massnahme weiterprüfen

14 Projektmanagement vereinfachen

Das interne Projektmanagement wird soweit vereinfacht, dass es verständlicher und anwenderfreundlicher ist. Der direkte Nutzen ist nicht bezifferbar. Diese Massnahme steht in Zusammenhang mit Massnahme 9; das Entlastungspotenzial ist dort berücksichtigt.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	0	0	0	0	0	C	Massnahme umsetzen

15 ICT-Kosten reduzieren

Die Kosten der städtischen ICT (Information and Communication Technology) inkl. Schule belaufen sich jährlich auf rund CHF 1.7 Mio. Der Stadt überprüft die ICT-Beschaffungsstrategie und die Abschaffung der Informatikkommission.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
25	30	30	30	30	30	C	Massnahme umsetzen

Bildung Sport

16 Führung Schule reorganisieren

Es werden Varianten für die Führungsorganisation und -strukturen der Schule geprüft, mit dem Ziel einer weiteren Professionalisierung, einer schlankeren Führung und einer finanziellen Entlastung. Eine Veränderung in Bestand oder Zusammensetzung des Schulrates erfordert eine Revision der Gemeindeordnung.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	0	0	0	50	50	A	Massnahme umsetzen

17 Durchschnittliche Klassengrössen erhöhen

Die Schule führt auf dem durchschnittlichen Bestand eines Jahrganges nur Klassen innerhalb der vom Volksschulgesetz vorgegebenen Bandbreite. Diese rasch wirksame Sparmassnahme hält die gesetzlichen Vorgaben ein.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
900	170	290	480	540	540	B	Massnahme umsetzen

18 Fördermassnahmen und sonderpädagogische Massnahmen reduzieren

Für fördernde Massnahmen gibt die Stadt jährlich rund CHF 1.6 Mio. aus. Die Schule hält die kantonalen Empfehlungen zum Pensum für Förder- und Sonderpädagogischen Massnahmen ein. Es können nicht mehr alle Empfehlungen der Fachleute umgesetzt werden bzw. es sind kostengünstigere Lösungen zu suchen oder zu schaffen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
400	100	200	300	400	400	B	Massnahme umsetzen

19 Standortbeitrag an Gymnasium Friedberg kürzen

Die Stadt Gossau leistet an das Gymnasium Friedberg einen freiwilligen Standortbeitrag für die 3. bis 6. Klasse (Maturitätsklassen) von jährlich CHF 5'000 je Gossauer Mittelschüler. Bei rund 50 Schülern ergeben sich jährlich CHF 250'000. Bereits der Kanton St.Gallen hat im Sparpaket II seine Beiträge an private Gymnasien reduziert. Anstelle des gänzlichen Verzichts beabsichtigt der Stadtrat eine Reduktion des Beitrags pro Gossauer Mittelschüler von heute CHF 5'000 gestaffelt über zwei Jahre auf CHF 3'000 pro Jahr. Die Finanzierung des Untergymnasiums (Volksschul-Stufe) ist von dieser Massnahme nicht betroffen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
230	20	70	100	100	100	B	Massnahme umsetzen

20 Schulgeldbeitrag an die Mädchensekundarschule kürzen

Die Stadt Gossau leistet heute einen jährlichen Schulgeldbeitrag an die Mädchensekundarschule Gossau von CHF 15'500 je Gossauer Schülerin, total rund CHF 1.4 Mio. Ein Gesuch um Erhöhung auf CHF 16'500 ist hängig. Die Kürzung des heutigen Beitrags um CHF 1'000 je Schülerin hätte eine jährliche Entlastung des Stadthaushalts von rund CHF 80'000 zur Folge. Der Stadtrat möchte auf eine Reduktion, aber auch auf eine Anhebung des Schulgeldbeitrages verzichten. Das Schulgeld für eine Schülerin an der Oberstufe Gossau (mit umfassenderem Angebot) beträgt derzeit CHF 20'700.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
80	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	B	Verzicht auf Massnahme

21 Defizitbeitrag an die Musikschule Fürstenland kürzen

Das jährliche Defizit der Musikschule Fürstenland von rund CHF 1.3 Mio. tragen die Stadt Gossau, die Schulgemeinde Andwil-Arnegg und die Schulgemeinde Niederwil. Auf die Stadt Gossau entfällt ein Defizitanteil von rund CHF 900'000. Die Stadt reduziert ihren Defizitbeitrag angemessen um CHF 100'000.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
100	100	100	100	100	100	B	Massnahme umsetzen

22 Beitrag an Stadtbibliothek und Ludothek kürzen

Der Betriebsbeitrag an die Stadtbibliothek und die Ludothek beträgt exkl. Mietkosten rund CHF 400'000 jährlich. Dieser Beitrag soll angemessen um CHF 50'000 reduziert werden.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	50	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen

23 Verzicht auf Vereinsförderung (Jugendbeiträge)

Die Stadt unterstützt gemäss Beitragskonzept Vereine aus dem Sport- und Kulturbereich jährlich mit rund CHF 150'000. Der Stadtrat beabsichtigt nicht, diese Beiträge zu kürzen oder zu streichen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	(150)	(150)	(150)	(150)	(150)	B	Verzicht auf Massnahme

24 Abschaffung der Fachstelle Sport

Der Stadtrat hat 2011 die Teilzeit-Stelle eines Sport-Koordinators geschaffen. Der Stadtrat beabsichtigt nicht, diese Fachstelle in Frage zu stellen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat <small>(Beträge in Tausend CHF)</small>					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	(60)	(60)	(60)	(60)	(60)	B	Verzicht auf Massnahme

25 Freiwillige schulische Angebot reduzieren

Die Schule kürzt folgende freiwilligen Angebote: Schwimmunterricht ab 3. Primarklasse und Verzicht auf je ein Wintersportlager in der Mittelstufe 2 und in der Oberstufe. Damit werden jährlich CHF 120'000 eingespart. Diese moderate Lösung entlastet auch die Eltern von den Beiträgen für die zwei entfallenden Lager. Die Reduktion des Schwimmunterrichts führt im Hallenbad zu einem (intern verrechneten) Einnahmenausfall von CHF 40'000. Die Netto-Entlastung des Stadthaushaltes beträgt demnach CHF 80'000 pro Jahr.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat <small>(Beträge in Tausend CHF)</small>					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
120	40	80	80	80	80	C	Massnahme umsetzen

Bau Umwelt Verkehr

26 Auf Umsetzung GESAK verzichten

Auf die Umsetzung des GESAK (Gemeinde-Sportanlagen-Konzept) wird verzichtet, soweit nicht Anlagen für schulischen Bedarf (Sporthallen) tangiert sind. Erster Schritt ist ein Verzicht auf die Erstellung des Masterplans, was gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf den Bau neuer Sportanlagen (Sportplätze, Bäder, Hallen für Vereinssport). Kurzfristig entfällt lediglich die Ausgabe von CHF 100'000 für den Masterplan. Langfristig (nach 2018) besteht bei einem angenommenen Investitionsvolumen von CHF 68 Mio. ein jährlich wiederkehrendes Entlastungspotenzial (Kapital- und Betriebskosten) von rund CHF 4 Mio.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
100	(100)	(0)	(0)	(0)	(0)	A	Verzicht auf Massnahme

27 Hallenbad stilllegen

Diese Massnahme hat Bezug zu Massnahme 26. Das 40jährige Hallenbad Rosenau hat das Ende seines Lebenszyklus erreicht. Ein Betrieb des Bads auf Abbruch würde ab 2016 Betriebskosten sparen. Eine Grundsatzabstimmung, ob Gossau ein Hallenbad benötigt, ist auf November 2013 angesetzt. Der Stadtrat wartet vorerst das Ergebnis der Grundsatzabstimmung ab.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
400	(0)	(0)	(150)	(300)	(300)	A	Massnahme sistieren

28 Auf Neugestaltung Bushof verzichten

Die Neugestaltung kostet netto rund CHF 1.1 Mio., das Stadtparlament hat den Baukredit erteilt. Das Projekt befindet sich derzeit in Überarbeitung. Würde auf die Neugestaltung des Bushofes verzichtet, wäre die Investition einzig aufgeschoben und könnte bei Baukostenteuerung gar teurer werden. Der Stadtrat möchte deshalb das Projekt fortsetzen. Unten sind die Kapitalkosten eingesetzt, welche bei einem Verzicht gespart werden könnten. Der Bau wäre frühestens 2017 möglich.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	(0)	(0)	(0)	(0)	(120)	A	Verzicht auf Massnahme (Bushof bauen)

29 Auf Verlängerung Zehnstadelweg verzichten

Das Stadtparlament hat am 2. November 2010 CHF 312'000 für die Verlängerung des Zehnstadelwegs als Schulweg von Arnegg nach Andwil genehmigt. Einsprachen haben die Realisierung bislang verhindert. Mittlerweile sind diese beseitigt, der Projektnutzen wird jedoch unverändert kritisch beurteilt. Der Stadtrat beantragt daher, das Projekt nicht umzusetzen. Unten sind die Kapitalkosten eingesetzt, welche bei einem Verzicht nicht anfallen werden.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	40	40	40	40	40	A	Massnahme umsetzen (Weg nicht bauen)

30 Gebäude-Standard reduzieren

Bei Neu- und Umbauten von städtischen Liegenschaften wird künftig lediglich der gesetzlich vorgeschriebene Gebäudestandard eingehalten, auf den Minergiestandard somit verzichtet. Mit modularen Vorlagen werden Zusatzinvestitionen für mehr Nachhaltigkeit mit Angabe zu Zusatzkosten und Wirkung beantragt. Die Entlastung lässt sich schwer beziffern. Wohl werden Investitionskosten tiefer, aber die Betriebskosten tendenziell höher.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
40	40	40	40	40	40	B	Massnahme umsetzen

31 Desinvestitionen forcieren

Die Desinvestitionen von Stadtliegenschaften werden forciert. Die Liegenschaften des Finanzvermögens werden nach Möglichkeit innert fünf Jahren veräussert. Zusätzlich wird geprüft, welche Liegenschaften im Verwaltungsvermögen ebenfalls zur Veräusserung geeignet sind. Diese Massnahme verbessert einerseits die Liquidität und ermöglicht einmalige Buchgewinne (Verbesserung des Cashflows), schmälert andererseits aber die ohnehin schon beschränkten Möglichkeiten für eine aktive Bodenpolitik. Unten werden die approximativen Aufwendungen für Fremdkapitalzinsen und Unterhalt eingesetzt, welche bei Verkauf von Liegenschaften tiefer ausfallen werden.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	10	20	50	80	140	B	Massnahme umsetzen

32 Freibad stilllegen

Das Freibad erreicht 2020 das Ende seines Lebenszyklus. Mit dem Betrieb auf Abbruch würden ab 2015 Betriebs- und Unterhaltskosten eingespart. Durch den späteren Rückbau der Anlage (nach 2020) würden Flächen für wirtschaftlich interessante Nutzungen in Bahnhofnähe frei. Dies würde weitere, hohe Erträge generieren.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
200	(0)	(50)	(50)	(100)	(200)	B	Verzicht auf Massnahme

33 Angebot an Fussballplätzen reduzieren

Mit der Stilllegung von Fussballplätzen würde eine freiwillige Aufgabe mit hoher finanzieller Tragweite eingestellt. Der Rückbau der Plätze könnte Flächen für wirtschaftlich interessante Nutzungen in Bahnhofnähe schaffen. Der Stadtrat unterstützt diese Massnahme nicht. Er vertritt aber die Haltung, dass die Nutzer der Plätze vermehrt zur Mitfinanzierung herangezogen werden müssen. Der unten stehende Betrag entspricht der Annahme eines höheren Nutzungsentgeltes.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
400	(50)	(50)	(50)	(50)	(50)	B	Massnahme weiterprüfen

34 Zivilschutzanlagen schliessen

Acht wenig genutzte Zivilschutzanlagen (von total 16 Anlagen) werden geschlossen. Dies bringt eine finanzielle Entlastung durch den Wegfall von Betriebs- und Unterhaltskosten. Umnutzung und Rückbau der Anlagen sind nur bedingt möglich. Die Ertragsausfälle durch wegfallende Belegungen sind gering.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
100	100	100	100	100	100	B	Massnahme umsetzen

35 Strassenunterhalt reduzieren

Die Reduktion des Strassenunterhalts (Intervall Strassenreinigung, Verzicht auf Wochenendreinigung usw.) und der Verzicht auf Erledigung von Drittaufträgen (bei Anlässen) bringen eine finanzielle Entlastung. Personalkapazitäten werden frei für Aufgaben, die heute fremdvergeben sind.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
200	200	200	200	200	200	B	Massnahme umsetzen

36 Winterdienst reduzieren

Die Reduktion des Winterdienstes (z.B. Taumittleinsatz einzig auf Hauptachsen) bringt eine finanzielle Entlastung. Personalkapazitäten werden frei für andere Aufgaben. Die Belastung des Grundwassers durch Taumittel sinkt.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
150	70	150	150	150	150	B	Massnahme umsetzen

37 Öffentliche Beleuchtung

Die Leuchtmittel werden künftig nicht mehr periodisch gewartet, sondern erst bei einem Ausfall repariert. Dadurch können der Sach- und Personalaufwand reduziert und die Lebensdauer der Leuchtmittel ausgenutzt werden. Häufigere Ausfälle von Lampen sind wahrscheinlich und ältere Leuchtmittel mit höherem Stromverbrauch werden länger in Betrieb sein.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	50	50	50	50	50	C	Massnahme umsetzen

38 Auf Biogas und Ökostrom verzichten

Für die städtischen Liegenschaften wird kein Biogas mehr bezogen (Entlastung CHF 70'000). Weiterhin wird Ökostrom (CHF 30'000) für die städtischen Liegenschaften bezogen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
100	70	70	70	70	70	C	Massnahme umsetzen

39 Gebührenordnungen umsetzen

Für die Nutzung von städtischen Bauten und Anlagen werden heute im Einzelfall Pauschalen verrechnet, die unter den ordentlichen Tarifen liegen. Mit der konsequenten Umsetzung der Gebührenordnung können die Nutzungserträge gesteigert werden. Verdeckte Subventionen entfallen und es entsteht Kostentransparenz und Gleichbehandlung aller Nutzer.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
150	100	100	100	100	100	C	Massnahme umsetzen

Versorgung Sicherheit

40 Stadtwerke verselbständigen

Eine rechtliche Verselbständigung (öffentlich-rechtliche Anstalt oder Aktiengesellschaft) erhöht die Handlungsfähigkeit der Stadtwerke. Die Ausgliederung der Stadtwerke in eine AG hat das Stimmvolk im Jahr 2003 deutlich abgelehnt. Die Massnahme hat eine Vorlage an das Parlament zur Folge. Kurzfristig ist keine Entlastung des Stadthaushalts zu erwarten. Diese Massnahme steht in Zusammenhang mit Massnahme 43.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
150	0	0	0	0	0	A	Massnahme umsetzen

41 Energietarife erhöhen

Durch Tariferhöhungen bei Strom, Trinkwasser und Erdgas werden Mehreinnahmen generiert. Allerdings besteht das Risiko, dass Gross-Kunden andere Lieferanten für Strom und Erdgas wählen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
1000	400	400	400	400	400	B	Massnahme umsetzen

42 KEV-Beitrag reduzieren

Gossau leistet jährliche KEV-Beiträge (KEV = Kostendeckende Einspeisevergütung) von rund CHF 1.4 Mio. an die Betreiber von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie. Diese auf 25 Jahre vertraglich vereinbarten Beiträge ersetzen die KEV-Beiträge des Bundes. Der Beitrag soll auf die Hälfte reduziert werden. Rechtliche Abklärungen über die Machbarkeit dieser Massnahme sind nötig.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
700	(0)	(700)	(700)	(700)	(700)	B	Massnahme weiterprüfen

43 Stadtwerke reorganisieren

Die Stadtwerke haben 2013 eine Reorganisation abgeschlossen. Mit einem Folgeprojekt sollen Aufbau- und Ablauforganisation weiter optimiert werden. Dabei sind insbesondere die Notwendigkeit der Kommission Stadtwerke sowie die Möglichkeit einer Zusammenlegung der Planungsabteilungen von Stadtwerken und Tiefbau (eventuell auch Hochbau) zu prüfen. Diese Massnahme steht in Zusammenhang mit Massnahme 40. Sofern Massnahme 40 umgesetzt wird, entfällt Massnahme 43.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
0	(0)	(50)	(50)	(50)	(50)	B	Massnahme weiterprüfen

44 Fremdvergabe von Infrastrukturprojekten

Die Stadtwerke vergeben Planung und Erstellung von Infrastrukturprojekten vermehrt extern und optimieren gleichzeitig die eigenen Personalressourcen. Ob die Leistungen auf dem Markt preisgünstiger sind, muss sich zeigen. Diese Massnahme steht teilweise im Widerspruch zur Massnahme 13.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
250	(250)	(250)	(250)	(250)	(250)	B	Massnahme weiterprüfen

45 Stadtpolizei streichen

Die Erfüllung der gemeindepolizeilichen Aufgaben, die über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehen, ist in einer Vereinbarung mit dem Kanton geregelt. Diese Vereinbarung ist erstmals per Ende 2015 kündbar. Bei einer Kündigung müsste insbesondere die Überwachung des ruhenden Verkehrs neu gelöst und finanziert werden. Der Einsparung von rund CHF 300'000 jährlich steht dafür ein neuer Aufwand von rund CHF 100'000 gegenüber.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
230	0	0	200	200	200	B	Massnahme umsetzen

46 Einsatz Securitas einstellen

Die Einsätze der Securitas sind gemeinsam mit Flawil vertraglich geregelt. Bei einer Streichung in Kombination mit Massnahme 45 würde jeglicher Sicherheitsdienst fehlen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
60	(60)	(60)	(60)	(60)	(60)	B	Verzicht auf Massnahme

Jugend Alter Soziales

47 Jugendarbeit überprüfen

Verschiedene Leistungen der Jugendarbeit sind gesetzlich vorgegeben, andere werden freiwillig erfüllt. Die freiwilligen Leistungen sollen evaluiert und überprüft werden. Die Auslagerung an oder die Zusammenarbeit mit Dritten (z.B. Kirchen) ist ebenfalls Gegenstand der Prüfung. Die jährlichen Aufwendungen der Stadt belaufen sich auf rund CHF 200'000.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
200	50	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen

48 Schulsozialarbeit streichen

Die Schulsozialarbeit (Parlamentsbeschluss vom 4.5.2010) wird aufgehoben. Die Erhöhung der Klassengrößen (Massnahme 17) und die Reduktion der fördernden Massnahmen (Massnahme 18) belastet Lehrpersonen und Jugendarbeit stärker. Eine ersatzlose Streichung der Schulsozialarbeit ist aus Sicht des Stadtrates nicht vertretbar.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
300	(300)	(300)	(300)	(300)	(300)	B	Verzicht auf Massnahme

49 Beiträge an familienergänzende Kinderbetreuung kürzen

Öffentliche Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung stellen freiwillige Leistungen dar. Aus der Syntegration wird vorgeschlagen, die Beiträge an den Tageshort (Stadt ist Hauptträgerin), die Globi Kinderkrippe und den Verein Tagesfamilien ganz zu streichen. Anstelle des gänzlichen Verzichts beantragt der Stadtrat eine moderate Kürzung der Beiträge, welche die Trägerschaften und die Kunden (Eltern) stärker in die Verantwortung nimmt.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
490	0	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen

50 Finanz- und Sachhilfe kürzen

Die Massnahme sieht eine Kürzung der Finanz- und Sachhilfe bei den Bezüglern vor. Dies tangiert die interkommunale Rechtsgleichheit im Kanton St. Gallen. Die Sozialhilfe-Praxis des Sozialamtes Gossau gilt als streng innerhalb des ohnehin restriktiven Kantons St. Gallen (KOS-Richtlinien). Im Rahmen dieser Massnahme werden auch andere Massnahmen geprüft, beispielsweise die Zuweisung in Beschäftigungsprogramme. Der jährliche Nettoaufwand der Stadt beträgt rund CHF 1.6 Mio.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
150	150	150	150	150	150	B	Massnahme umsetzen

51 Beiträge an Pflege und Hilfe zu Hause kürzen

Die Stadt leistet an die Erbringer von Spitex-Dienstleistungen jährlich rund CHF 430'000. Diese Beiträge an den Krankenpflegeverein Gossau (Pflege zu Hause) und die Pro Senectute (Hilfe zu Hause) sollen angemessen reduziert werden.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
50	0	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen

52 Aktionärsdarlehen SanaFürstenland AG

Das Aktionärsdarlehen von knapp CHF 8.3 Mio. an die SanaFürstenland AG wird voraussichtlich 2017 ausbezahlt. Wird das Darlehen als Finanzvermögen verbucht, statt wie vorgesehen im Verwaltungsvermögen, müsste es nicht abgeschrieben werden. Zu Lasten der laufenden Rechnung würde kein Abschreibungsaufwand anfallen.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
350	0	0	0	350	350	C	Massnahme umsetzen

53 Leistungsvereinbarung KES-Behörde überarbeiten

Die Leistungsvereinbarung mit der KES-Behörde wird per Ende 2017 überarbeitet mit dem Ziel einer Kostenentlastung. Es dürfte unrealistisch sein, den Verteilschlüssel im KES-Verbund zu Gunsten von Gossau und zu Lasten der anderen Partner zu verändern. Somit bleibt einzig die Einflussnahme auf die Kostenstruktur der KES-Behörde über die Delegiertenversammlung.

Entlastungspotenzial aus Projekt Malik	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
100	0	0	0	0	100	C	Massnahme umsetzen

D Würdigung des Stadtrates

Die kantonalen Sparpakete belasten den Stadthaushalt ab 2014 mit jährlich rund CHF 4.8 Millionen (rund 15 Steuerfussprozent). Sie hinterlassen im Finanzhaushalt der Stadt Gossau tiefe Spuren. Mit dem Projekt „Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013“ hat der Stadtrat deshalb die Grundlagen geschaffen, damit der finanzielle Handlungsspielraum bestmöglich zurückgewonnen werden kann.

Das Zusammenwirken von 28 Personen aus Stadtrat, Stadtparlament und Stadtverwaltung hat im Rahmen eines Syntegrationsprozesses eine erfreulich hohe Zahl möglicher Handlungsfelder sichtbar werden lassen. Die gemeinsamen Anstrengungen haben sich gelohnt. Der Stadtrat hat die Erkenntnisse aus der Syntegration weiter bearbeitet und die Ergebnisse in diesem Bericht zusammengefasst.

Die Entlastungsmassnahmen sind mit einem Eingriff in die Strukturen und das bisherige Dienstleistungsangebot der Stadtverwaltung und der Stadtwerke verbunden. Im Bericht hat der Stadtrat aus den verschiedenen Handlungsfeldern jene Massnahmen bezeichnet, die für eine Umsetzung in Frage kommen. Die Entlastungswirkung dürfte im Jahr 2014 bereits rund CHF 2.2 Mio. betragen und bis 2018 auf über CHF 4 Mio. ansteigen.

Der Stadtrat beantragt gleichzeitig aber auch, eine Reihe von Massnahmen nicht umzusetzen. Dies deshalb, weil die damit verbundenen Wirkungen für die Funktionalität und Attraktivität von Gossau insgesamt zu nachteilig wären.

Die Entscheide des Parlaments über die Umsetzung / Nicht-Umsetzung einzelner Vorhaben wird zeigen, wie gross die finanzielle Entlastungswirkung in den kommenden Jahren tatsächlich sein wird. Sie bilden die Basis für allfällige weitere finanzpolitische Weichenstellungen zur Stabilisierung des Stadthaushalts und des Haushalts der Stadtwerke.

Spätestens anlässlich der Beschlussfassung über das Budget 2014 wird klar, wie weit es gelingen wird, durch strukturelle Veränderungen, Prozessoptimierungen, Aufgabenverzicht und Leistungsreduktionen die Überwältigungen aus den kantonalen Sparpaketen aufzufangen und den angestrebten finanziellen Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

E Zusammenfassende Übersicht

Massnahme	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat					Haltung Stadtrat	
	(Beträge in Tausend CHF)					Gruppe	Antrag
	2014	2015	2016	2017	2018		
Inneres Finanzen							
Kultur							
1 Bürgerversammlung	(0)	(0)	(0)	(200)	(200)	A	Verzicht auf Massnahme
2 Walter Zoo	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	A	Massnahme sistieren
3 Schloss Oberberg	20	20	20	20	20	A	Massnahme umsetzen
4 Standortförderung	125	125	125	125	125	A	Massnahme umsetzen
5 Leitsätze	0	0	0	0	0	A	Massnahme umsetzen
6 Schwarzer Adler	0	10	10	10	10	B	Massnahme umsetzen
7 Publikationsorgane	20	20	20	20	20	C	Massnahme umsetzen
8 GOZ-Vereinsseiten	50	50	50	50	50	C	Massnahme umsetzen
9 Prozessorganisation	100	200	400	400	400	C	Massnahme umsetzen
10 Veranstaltungen	100	100	100	100	100	C	Massnahme umsetzen
11 Kooperationen	0	20	20	20	20	C	Massnahme umsetzen
12 Innere Reserven	0	0	0	0	0	C	Massnahme umsetzen
13 Eigene Kräfte	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	C	Massnahme weiterprüfen
14 Projektmanagement	0	0	0	0	0	C	Massnahme umsetzen
15 ICT-Kosten	30	30	30	30	30	C	Massnahme umsetzen
Bildung Sport							
16 Führung Schule	0	0	0	50	50	A	Massnahme umsetzen
17 Klassengrössen	170	290	480	540	540	B	Massnahme umsetzen
18 Fördermassnahmen	100	200	300	400	400	B	Massnahme umsetzen
19 Gymnasium Friedb.	20	70	100	100	100	B	Massnahme umsetzen
20 Mädchensek.	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	B	Verzicht auf Massnahme
21 Musikschule	100	100	100	100	100	B	Massnahme umsetzen
22 Stadtbibliothek	50	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen
23 Vereinsförderung	(150)	(150)	(150)	(150)	(150)	B	Verzicht auf Massnahme
24 Fachstelle Sport	(60)	(60)	(60)	(60)	(60)	B	Verzicht auf Massnahme
25 Freiw. Angebote	40	80	80	80	80	C	Massnahme umsetzen
Bau Umwelt							
26 GESAK	(100)	(0)	(0)	(0)	(0)	A	Verzicht auf Massnahme
27 Hallenbad	(0)	(0)	(150)	(300)	(300)	A	Massnahme sistieren
28 Bushof	(0)	(0)	(0)	(0)	(120)	A	Verzicht auf Massnahme
29 Zehnstadelweg	40	40	40	40	40	A	Massnahme umsetzen
30 Gebäude-Standard	40	40	40	40	40	B	Massnahme umsetzen
31 Desinvestitionen	10	20	50	80	140	B	Massnahme umsetzen
32 Freibad	(0)	(50)	(50)	(100)	(200)	B	Verzicht auf Massnahme
33 Fussballplätze	(50)	(50)	(50)	(50)	(50)	B	Massnahme weiterprüfen
34 Zivilschutzanlagen	100	100	100	100	100	B	Massnahme umsetzen
35 Strassenunterhalt	200	200	200	200	200	B	Massnahme umsetzen
36 Winterdienst	70	150	150	150	150	B	Massnahme umsetzen
37 Öff. Beleuchtung	50	50	50	50	50	C	Massnahme umsetzen
38 Biogas Ökostrom	70	70	70	70	70	C	Massnahme umsetzen
39 Gebührenordnung	100	100	100	100	100	C	Massnahme umsetzen

Massnahme	Entlastungspotenzial aus Sicht Stadtrat (Beträge in Tausend CHF)					Haltung Stadtrat	
	2014	2015	2016	2017	2018	Gruppe	Antrag
Versorgung Sicherheit							
40 Stadtwerke Vers.	0	0	0	0	0	A	Massnahme umsetzen
41 Energietarife	400	400	400	400	400	B	Massnahme umsetzen
42 KEV-Beitrag	(0)	(700)	(700)	(700)	(700)	B	Massnahme weiterprüfen
43 Stadtwerke Reorg.	(0)	(50)	(50)	(50)	(50)	B	Massnahme weiterprüfen
44 Fremdvergabe	(250)	(250)	(250)	(250)	(250)	B	Massnahme weiterprüfen
45 Stadtpolizei	0	0	200	200	200	B	Massnahme umsetzen
46 Securitas	(60)	(60)	(60)	(60)	(60)	B	Verzicht auf Massnahme
Jugend Alter Soziales							
47 Jugendarbeit	50	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen
48 Schulsozialarbeit	(300)	(300)	(300)	(300)	(300)	B	Verzicht auf Massnahme
49 Kinderbetreuung	0	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen
50 Finanz- u. Sachhilfe	150	150	150	150	150	B	Massnahme umsetzen
51 Pflege und Hilfe	0	50	50	50	50	B	Massnahme umsetzen
52 SanaFürstenland AG	0	0	0	350	350	C	Massnahme umsetzen
53 KES-Behörde	0	0	0	0	100	C	Massnahme umsetzen
Total Umsetzen	2205	2835	3585	4175	4335		

F Anträge

Anträge

1. Das Stadtparlament beschliesst die Umsetzung der Entlastungsmassnahmen in seiner Kompetenz (Massnahmen-Gruppe A).
2. Das Stadtparlament nimmt zustimmend Kenntnis von den Absichten des Stadtrates zu den in dessen Kompetenz liegenden Entlastungsmassnahmen (Massnahmen-Gruppe B).
3. Das Stadtparlament nimmt Kenntnis von den Absichten des Stadtrates zur Massnahmen-Gruppe C.

Stadtrat